

POSTULAT

der Fraktionen PDCB und PDCC, durch Grossrat François Thurre (Suppl.) und Grossrätin Rita Théoduloz (Suppl.), betreffend Chancengleichheit im Ausbildungsbereich – auch für junge Behinderte (12.09.2011) 3.132

Am 23. Juni 2010 hat der Bundesrat das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision in die Vernehmlassung geschickt. Zusätzlich zur Gesetzesrevision sind Anpassungen der Verordnung und der IV-Rundschreiben vorgesehen. Es sollen Einsparungen in der Grössenordnung von 800 Millionen Franken pro Jahr erzielt werden – 50 Millionen davon im Bereich der IV-Anlehren.

Gegenwärtig werden die invaliditätsbedingten Mehrkosten der behinderten Personen, die keine Ausbildung mit eidgenössischem Berufsattest absolvieren können, von der IV übernommen, welche eine zweijährige Anlehre finanziert.

Die vorgesehenen Einsparungen werden insbesondere durch höhere Anforderungen an die jungen Behinderten erzielt werden. Zugang zu einer Anlehre sollen nur noch die jungen Behinderten erhalten, für die gute Aussichten bestehen, dass sie nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Einkommen zwischen 855 und 1'710 Franken erzielen werden. Dies bedeutet, dass die jungen Behinderten, die nach Abschluss ihrer Ausbildung keinen rentenbeeinflussenden Lohn verdienen, nunmehr keinen Zugang zu einer Anlehre haben werden. Dies widerspricht dem in Artikel 3 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung ausdrücklich festgelegten Grundsatz des Ausgleichs der Bildungschancen. In den geschützten Werkstätten liegen die üblichen Monatslöhne nach Abschluss einer zweijährigen Anlehre bei 350 bis 900 Franken. So werden aufgrund dieser neuen Anforderungen zwei Drittel der schwer behinderten Jugendlichen von diesen Anlehren ausgeschlossen, was zweifelsohne eine massive Lastenübertragung von der IV auf die Kantone nach sich ziehen wird. Es müssen Ersatzbeschäftigungen gefunden – und selbstverständlich finanziert – werden.

Da das Inkrafttreten der Einsparungen im Bereich der IV-Anlehren keiner Gesetzesänderung unterliegt, kann sie uns der Bundesrat jederzeit auferlegen.

Wir fordern den Staatsrat daher auf, die allfälligen Auswirkungen dieser Massnahmen im Bereich der Anlehren für unseren Kanton zu analysieren.

Sitten, den 12. September 2011
(09.30 Uhr)

Fraktionen PDCC und PDCB, durch
François Thurre, Grossrat (Suppl.)
Rita Théoduloz, Grossrätin (Suppl.)